Der Gerechtigkeit mitten ins Herz

Das Hamburger Fehlurteil

Der Nationalsozialist Gerold aus Hamburg hatte sich wegen Totschlags vor den Geschwornen zu verantworten. Er hatte am 17. Mai d. J. in Eimsbüttel den Reichsbannerkameraden Heidorn erschossen und den Kameraden Both verletzt.

Der Tatbestand ist folgender: Am Abend des 17. Mai unternahmen vier Kameraden eine Autofahrt. Unterwegs sahen sie fünfzehn mit Windjacken bekleidete Leute, die Wahlplakate klebten. In der Meinung, daß es sich um Reichsbannerleute handele, hielten die vier Kameraden an und gingen zu den Plakatklebern. Da sahen sie, daß es Nationalsozialisten waren. Unsre Kameraden machten darauf aufmerksam, daß das Anbringen von Plakaten verboten sei. Als der Kamerad Heidorn ein Plakat an sich nahm, erhielt einer der Reichsbannerleute einen Schlag über den Kopf. Bei dem Versuch, den Schläger zu fassen, ergriff ein Teil der Nationalsozialisten „aus Mangel an Courage" die Flucht. Der Angeklagte Gerold rief: „S. A. hierher" und lief ebenfalls weg. Er drehte sich dann plötzlich um und gab auf die nachfolgenden Reichsbannerleute

drei Schüsse ab, durch die der Kamerad Heidorn getötet und der Kamerad Both verletzt wurde.

Gerold ist eine „Zierde" der Nationalsozialisten. Schon früher hat er sich der Erpressung schuldig gemacht gegenüber einem Kaufmann, mit dem er homosexuelle Beziehungen unterhielt. Diesen „Liebhaber" hat er damals „zufällig" und „absichtslos" in den Kopf geschossen. Er versteht also mit dem Schießeisen umzugehen.

Die Zeugenaussagen der Nationalsozialisten sind so schwach, die Bekundungen der Reichsbannerkameraden und des Chauffeurs dagegen so klar und sicher, daß die Entscheidung gar nicht zweifelhaft sein konnte. Aber der Mensch denkt, und Herr Landgerichtsdirektor Dr. Steinike urteilt. Er spricht den nationalsozialistischen Rowdy von der Anklage des Totschlags frei und verurteilt ihn lediglich wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahre Gefängnis.

*

Dieses Urteil ist entsetzlich, seine Begründung unmöglich. Der Fall der Notwehr ist gewaltsam konstruiert. Dieser Freispruch ist ein Freibrief für die wilden und ungezügelten „politischen" Temperamente, die nur von blindem Haß geleitet werden. Mit diesem Urteil hat Herr Landgerichtsdirektor Dr. Steinike der deutschen Justiz keinen Dienst erwiesen, um so weniger, als seine Prozeßführung zu lebhaften Bedenken Anlaß gibt. Während er den Angeklagten mit auffallender Milde und Höflichkeit behandelte, war sein Ton den Zeugen gegenüber scharf. Die Art, wie er in der Begründung des Urteils die Reichsbannerkameraden ständig als „Bannerleute" titulierte, läßt schwer an die Möglichkeit objektiver Einstellung dieses Richters glauben. Das Urteil fordert unsern schärfsten Protest heraus. Der Vorstand des Gaues Hamburg-Bremen-Nordhannover hat bereits folgende

Kundgebung

erlassen:

Der unterzeichnete Vorstand hat mit Empörung von dem Urteil eines Hamburger Gerichts Kenntnis genommen, das einen völkischen Totschläger in Schutz nimmt und ein schmählich beendetes blühendes Menschenleben ungesühnt läßt. Mit ernstester Sorge für das Zusammenleben des deutschen Volkes muß eine Rechtsprechung betrachtet werden, die die Ausflüchte von Raufbolden und Schießhelden akzeptiert, und die Kämpfer für Verfassung und Recht schutzlos den Ausschreitungen moralisch und politisch verwilderter Elemente preisgibt.

Der Gauvorstand Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

*

Nachstehend lassen wir den Prozeßbericht des „Hamburger Echos" folgen:

Die nationalistische Bluttat in Eimsbüttel.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft war gegen den Nationalsozialisten, den Maler Robert Gerhold, Anklage erhoben worden, weil er hinreichend verdächtig erschien, am 17. Mai den Telegraphenarbeiter Both und den Schlosser Heidorn vorsätzlich körperlich mißhandelt zu haben. Durch diese Körperverletzung ist der Tod des Schlossers Heidorn erfolgt. Des weitern erstreckt sich die Anklage auf verbotenen Waffenbesitz.

*

Am Beginn der Verhandlung wurden die Zeugen in den Saal geholt. Landgerichtsdirektor Dr. Steinike ermahnte die Zeugen, sich bei ihren Aussagen um Gottes willen nicht durch ihre politische Zugehörigkeit beeinflussen zu lassen. Besonders müßten sie sich in acht nehmen, ihre Aussagen nicht — auch nicht unbewußt — zu färben.

*

Bei der Vernehmung des Angeklagten wird dieser darauf aufmerksam gemacht, daß im Falle Heidorn auch Totschlag angenommen werden kann. Man kann es, wenn man will; aber man wollte es wohl nicht. Der Angeklagte gab zu, drei Schüsse abgegeben zu haben, weil er angegriffen wurde. Er habe sich nur seiner Angreifer erwehrt. Als Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei habe er bei seiner Propaganda schon öfter Prügel erhalten. Hätte er auch am 18. März eine Waffe bei sich gehabt, wäre er von den Kommunisten nicht verprügelt worden.

*

Auffällige Höflichkeit.

In der Musik gibt es zwei Tonarten: Dur und Moll. Der Vorsitzende liebt, wie andre Menschen auch, beide gleichermaßen. Für die Angeklagten liebt er seit seiner Staatsanwaltszeit auch heute noch die harte Dur-Tonart. Für die Zeugen bevorzugt er die weiche Moll-Tonart. Vor längerer Zeit hörte man von ihm: „Man kann Zeugen nie liebenswürdig genug behandeln, sonst kriegt man einfach nichts aus ihnen heraus." Es fiel daher allen, die den Vorsitzenden seit Jahren kennen, auf, daß es heute schien, als ob die Tonart gewechselt habe, daß er für den Angeklagten die Moll-Tonart bevorzugte. Wir freuen uns dessen und hoffen nur, daß er in Zukunft alle Angeklagten in Moll begrüßt. Wir haben noch nie gehört, daß der Vorsitzende zu einem Angeklagten sagte: „Bitte, nehmen Sie Platz", sondern höchstens: „Angeklagter, setzen Sie sich!" Wir haben noch nie von ihm gehört: „Wollen Sie bitte hier mal vortreten", sondern immer: „Angeklagter, kommen Sie hier an den Tisch!" So versteht man denn auch die väterlichen Ermahnungen des Vorsitzenden an den Angeklagten: „Eigentlich sollte man bedenken, daß Sie als junger Mann genug haben sollten. Ein gebranntes Kind sollte das Feuer scheuen. Das soll keine Kritik sein; Sie haben nicht mehr gemacht als alle andern Parteien auch."

*

In der Fortsetzung der Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß drei riesige Kerle auf ihn losgestürzt seien, dann erst habe er die Schüsse abgegeben, um seine Bedränger abzuschrecken. Einmal habe er den Revolver hoch, das zweitemal wagerecht, das drittemal schräg nach unten gehalten. Daß er jemand getötet, habe er nicht gewußt. Er habe jedenfalls in der Nacht gut geschlafen. Den Revolver habe er weggeworfen.

Vorsitzender: Eine Schußwaffe ist doch kein Kinderspielzeug. Haben Sie nicht schon früher einmal großes Unheil mit einem Revolver angerichtet?

*

Auf diese Frage erfuhr man, daß der Angeklagte ein homosexuelles Verhältnis mit einem Kaufmann M. hatte, daß er diesem ein Sparkassenbuch gestohlen hatte. In einer Dunkelkammer, in der M. Bilder entwickelte, ging bei dem Angeklagten, der hinter M. stand, um die Bilder zu sehen, plötzlich der Revolver los. Die Kugel drang dem M. in den Kopf, wo sie sich heute noch befindet. Der Angeklagte wurde in erster Instanz wegen fahrlässiger Körperverletzung verurteilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen, weil kein Strafantrag gestellt war.

*

Vorsitzender: Nachdem nun schon einmal ein Verfahren wegen versuchten Mordes gegen Sie eingeleitet wurde, hatten Sie doch doppelte Ursache, vorsichtig zu sein. Warum lassen Sie denn nicht von der Straßenpolitik? Sie sollten doch endlich ein anständiger Mensch werden. Das Verhältnis zu M. und das gestohlene Sparkassenbuch zeigen doch, daß Sie nicht in sich gegangen sind. Warum setzen Sie sich immer über die Gesetze hinweg, tragen eine Schußwaffe bei sich und kleben unerlaubt Plakate?

*

Der Angeklagte gab zu, eine mit 8 Schuß geladene Pistole herausgezogen zu haben. Im Umdrehen habe er geschossen und hoffte, durch diese Schüsse sich seine Bedränger vom Leibe zu halten. An die Folgen habe er nicht gedacht. Es tat ihm leid, auf seine Landsleute schießen zu müssen.

Vorsitzender: Haben Sie nicht gerufen: S. A. hierher! Was heißt S. A.?

Angeklagter: Sport-Abteilung!

Vorsitzender: Ach wo, Stamm-Abteilung heißt es! Das ist doch bekannt. Hat die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht wieder erst eine Sache in Bremen gehabt, so daß sich die Ortsgruppe Bremen sofort auflöste?

Verteidiger Dr. Korn beeilte sich, zu erklären, daß S. A. Saalschutz-Abteilung bedeutet.

Der „unparteiische" Zeuge.

Der Zeuge Kroneck, angeblich unparteiisch, kam des Weges und sah, daß ein Plakat gewaltsam entrissen wurde, sah, daß zwei Parteien sich stritten. Er hörte mehrere Schüsse kurz hintereinander. Der Schießende wurde verfolgt. Als einer niederstürzte, blieben die Verfolgten stehen. Das Auto des Reichsbanners folgte dem Schießenden, kam aber gleich zurück, und der Verletzte wurde per Auto ins Krankenhaus befördert. „Instrumente" hat er bei den Verfolgten nicht gesehen.

Vorsitzender: War der Angeklagte in bedrängter Lage?

Zeuge: Zweifellos.

Vorsitzender: Haben Sie auch gesehen, daß die Verfolger solche Dinger (ein dem Völkischen abgenommener Totschläger) hatten?

Zeuge: Nein!

*

Dr. Rautenberg hatte bei der Sektion festgestellt, daß es sich um ein 7,5-mm-Geschoß gehandelt habe, das aus ziemlicher Nähe abgegeben wurde. Der Schußkanal war wagerecht. Durch den Operationsschnitt waren die Einschußverhältnisse nicht genau festzustellen.

Weitere Zeugenaussagen.

Es wird der Zeuge Reichsbannermann Both, der durch das Bein geschossen wurde, vernommen.

Vorsitzender: Färben Sie nicht, denn es handelt sich um einen Mann, der noch nicht erheblich vorbestraft ist. Für die Tätigkeit, die Sie entfaltet haben, ist doch die Polizei da; wozu immer die Scharmützel, wir leben doch in einem Rechtsstaat. Sie sind doch in einem Auto umhergefahren, um einzugreifen.

Zeuge: Als wir ausstiegen, dachten wir, daß diese 17 Leute in Windjacken Kameraden seien. Als wir fragten, was sie machten, antworteten sie, daß ginge uns nichts an. Als Heidorn ein Plakat wegnahm, erhielt einer unsrer Kameraden von hinten einen Schlag über den Kopf.

Vorsitzender: Sie sind also ausgestiegen, um das Kleben zu verhindern. Heidorn ist also eigenmächtig vorgegangen.

Dr. Pardo als Vertreter des Nebenklägers: Heidorn wollte sich nur vergewissern, wer die Leute seien, da die Leute dieselben Windjacken trugen.

Zeuge Wulf, Mitglied des Reichsbanners und der S. P. D., schilderte, wie er mit Heidorn, Both und Martens per Auto nach Richtung Schlump fuhr, in der Annahme, noch einige Kameraden zu treffen. An der Ecke Hoheweide und Bundesstraße sahen sie 15 bis 20 Leute. Sie glaubten, es seien Kameraden. Sie bemerkten aber, daß es Nationalsozialisten waren, die Plakate anklebten, und sagten ihnen, daß das Kleben verboten sei. Die vier wurden von 15 Mann umzingelt. Als Wulf einen Schlag auf den Kopf erhielt, wollten sie den Täter fassen. Die Angreifer ergriffen die Flucht. Einer der Flüchtlinge, Huhold, drehte sich um und schoß auf alle vier.

Vorsitzender: War es nicht besser, die Polizei zu holen? Durch dieses gewalttätige Vorgehen kommt dann solches entsetzliche Unglück. Alles ist militärisch aufgezogen.

Dr. Pardo: Wenn wir angegriffen werden, holen wir Verstärkung, um krakehlsüchtige Leute nach Hause zu bringen. Wir sind nur dazu da, Frieden zu stiften. Mit Gewalt wollen wir nicht vorgehen.

*

Zeuge Bisschopink erschien in gelbem Fascistenhemd, hörte, daß von mit Stahlruten bewaffneten Reichsbannerleuten geschossen wurde. Er sammelt Material für Unterlagen für die Bürgerschaft, weil sich das Reichsbanner durch Schießereien auszeichnet.

Zeuge Glüsing, Nationalsozialist, wußte nicht, wer Waffen hatte. Er wußte nur, daß Reichsbannerleute kamen und „auf uns schossen". Es war ein Tumult, durch den er nicht finden konnte. Trotzdem hat er präzise Angaben gemacht.

Zeuge Treffkorn, Nationalsozialist: Wir waren 12, die andern vier. Als Gerhold „S. A. hierher" rief, da sind wir weggelaufen aus Mangel an Courage. Gerhold kann nicht schnell laufen, aber später lief er schnell.

Zeuge Pretzschmar, Nationalsozialist, hat gesehen, wie die Reichsbannerleute Stahlruten schwangen. „Wir hatten überhaupt keine Waffen bei uns, daher sind wir weggelaufen."

Dr. Pardo wies darauf hin, daß von den bisherigen Zeugen der Nationalsozialisten nicht ein einziger etwas von Stahlruten der Reichsbannerleute gesehen hatte.

Zeuge Sophus Schmidt, Nationalsozialist, hörte Schüsse, die von Reichsbannerleuten kamen. Deshalb eilte er herbei.

Zeuge Dohndorf, Nationalsozialist, sah vier Reichsbannerleute mit Gummiknüppeln auf seine Kameraden zukommen. Er hörte drei bis vier Schüsse fallen und ist dann weggelaufen. Wenn sie ihn geschnappt hätten, hätten sie ihn sofort totgemacht. Er wäre dann nicht der erste gewesen. Er wußte, daß ein Reichsbannermann erschossen wurde, hat sich aber nicht um ihn gekümmert.

Zeuge M. schilderte seine Erlebnisse in der Dunkelkammer. Damals habe er geglaubt, daß der Revolver von selbst losging; heute glaube er es nicht mehr. Gerhold habe sich einer Erpressung schuldig gemacht. Er konnte ihm aber nur eine gewisse Summe leihen.

Der Antrag des Staatsanwalts.

Oberstaatsanwalt Dr. Rücker meinte, es sei an der Zeit, daß wir, die wir uns immer als höchst intelligente Deutsche bezeichnen, nach zehn Jahren nach der Revolution bessere politische Sitten angewöhnen sollten. Er glaube nicht, daß bei andern Völkern solche rohe Sitten einreißen würden. Unsre jungen Leute neigen aber immer noch zu solchen Auswüchsen, besonders bei den jungen Leuten der Nationalsozialisten und Kommunisten. Hier habe man es mit aggressiven Eigenschaften der Nationalsozialisten zu tun. Er wolle sich aber auf die strafrechtliche Seite beschränken. Mag sein, daß die Reichsbannerleute Waffen bei sich hatten, voll bewiesen ist es nicht. Der unparteiische Zeuge Kroneck kann nicht so klassisch erscheinen, er hat sich berichtigen müssen. Die Reichsbannerleute fühlten sich berechtigt, als Staatsbürger als Polizei zu fungieren; daher war ihr Eingreifen nicht rechtswidrig. Von einer Notwehr des Angeklagten kann keine Rede sein. Nach eigner Darstellung ist er gar nicht dagewesen, als der Angriff erfolgte. Der Angriff war der Grund, daß er zurückkam, „S. A." ausrief und schoß. Nicht blindlings hat er geschossen, sondern gezielt. Somit liegt hier Totschlag vor, soweit Heidorn in Frage kommt, Körperverletzung, soweit es Both betrifft. Vollbewußt hat er mit Tötungsabsicht auf die Reichsbannerleute geschossen mit dem traurigen Erfolg, daß Heidorn auf der Strecke blieb. Mildernd komme in Betracht, daß es sich um eine Begleiterscheinung des Wahlkampfes handelte, daß der Angeklagte noch jung sei. Sonst müsse er auf Zuchthaus erkennen.

Er beantrage sechs Monate Gefängnis für den unerlaubten Waffenbesitz, vier Jahre Gefängnis für den Totschlag und die Körperverletzung, insgesamt vier Jahre drei Monate Gefängnis.

Dr. Pardo klagt an!

Dr. Pardo hält die Nationalsozialisten für keinen fairen Gegner des Reichsbanners. Er müsse sich daher auf die Kennzeichnung der Persönlichkeit des Angeklagten beschränken. Diese sei hier gefährlich und bedenklich, und es sei begrüßenswert, wenn sie aus der Oeffentlichkeit ausgemerzt würde. Die Skrupellosigkeit des Angeklagten sei auch bei seinem Liebesverhältnis bemerkbar gewesen. In seinem Hause habe man einen Schlagring gefunden. Daraus könne man sehen, daß er entschlossen und gewillt ist, rücksichtslos mit brutaler Gewalt seine politischen Gegner zu bekämpfen. Vorfälle, die nachts passieren, sind immer mit großer Reserve aufzunehmen. In jeder objektiven Wahrheit müssen sich Unebenheiten ergeben. Von einer Notwehr könne keine Rede sein, wenn vier Reichsbannerleute fünfzehn Nationalsozialisten gegenüberstehen.

*

Unterdessen war ein neuer Zeuge herbeigeholt worden. Dieser Zeuge, Chauffeur Heuser, der das Auto der Reichsbannerleute lenkte, bekundete, daß man ihm sagte: „Halt an, das sind Kameraden, denen wollen wir Bescheid sagen."

*

Dr. Pardo: Aus dieser Aussage sei klar zu entnehmen, daß die Reichsbannerleute friedfertig das Auto verließen, um zu sehen, was ihre vermeintlichen Kameraden da machten. Das zweite Moment von Bedeutung ist — ganz gleich, ob es artig oder unartig ist, das Plakat fortzunehmen —, daß Wulf ganz unvermittelt einen Schlag über den Kopf erhielt. Daran kann keiner rütteln. Der Angeklagte hat dieser Gruppe ganz ferngestanden und dann drauflosgeschossen. Er kann sich also auf Notwehr nicht berufen. Und wenn er es tut, hat er die Notwehr gröblich überschritten. An der Höhe der Strafe habe er (Pardo) kein Interesse. Das Bestreben, dem Reichsbanner, das sich ständig in der Abwehr befinde, Gewalttätigkeiten anhängen zu wollen, kann nicht scharf genug bekämpft werden. Es sei eine glatte Unwahrheit, daß das Reichsbanner zu Gewalt neige. Seine Tendenz ist, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Daß es bei den Millionen Anhängern einzelne gibt, die nicht an sich halten können, kann vorkommen. Entweder müssen sie an der Strippe halten, oder sie werden ausgeschlossen. Hier ist mit absoluter Klarheit festgestellt worden, daß das Unglück nicht durch das Reichsbanner heraufbeschworen wurde. Wenn die furchtbare Bluttat auch nie eine ausreichende Sühne finden wird, beantrage er nur der Form nach, daß der Angeklagte seinen Klienten eine Buße von 300 Mark zahlen soll.

*

Verteidiger Dr. Korn versprach, politisch einzugehen. Er kam aber nicht so weit. Hier liege geradezu ein klassisches Beispiel von Notwehr vor. Er beantrage Freisprechung. Die Tat bleibe am Reichsbanner hängen, weil es sich eingemischt habe. Weil es von den heutigen Machthabern protegiert werde, neige es zu Exzessen.

Das Urteil:

Wegen unbefugten Waffenbesitzes wird der Angeklagte zu ein Jahr Gefängnis verurteilt. Es handele sich hier um einen politischen Prozeß. Das Gericht steht aber auf dem Standpunkt, daß der Staat und die Bevölkerung ein großes Interesse daran haben, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten nicht mit gewalttätigen Mitteln ausgekämpft werden. Durch diese Gewalttätigkeiten hat Heidorn sein Leben eingebüßt. Wenn die Zeugen auch mehr oder weniger unsicher sind, so hat sich doch ergeben, daß, als die Nationalsozialisten von den Bannerleuten angeredet wurden, Gerhold nicht zugegen war. Die Reichsbannerleute haben sich Polizeigewalt angemaßt und das Plakat entrissen. Dadurch waren die Nationalsozialisten überrascht und haben durch das gewalttätige Auftreten der Bannerleute die Flucht ergriffen. Der Angeklagte konnte nicht so schnell laufen, als er von drei bis vier Bannerleuten verfolgt wurde. Wenn er also von vier Bannerleuten verfolgt wurde, war er in einer bedenklichen Lage. Er hat bereits die übelsten Erfahrungen mit Kommunisten gemacht und glaubte daher in Notwehr zu handeln. Die Ausübung der Notwehr kann man ihm zwar nicht zubilligen; doch ist ihm nicht nachzuweisen, daß er die Notwehr überschritten hat. Und wenn er es getan hat, so hat er es mit Rücksicht auf die üblen Erfahrungen getan. Das muß ihm zugute kommen. Dafür konnte er strafrechtlich nicht belangt werden. Er mußte also wegen Körperverletzung freigesprochen werden. Das Gericht hat ihn aber wegen unerlaubten Waffenbesitzes härter bestraft, weil er wegen dieses Deliktes und wegen fahrlässiger Körperverletzung schon einmal vorbestraft ist. Der Angeklagte ist außerdem ein Mann, der besser täte, an sich selbst zu arbeiten, als sich mit Politik zu befassen. Er wußte, daß er, wenn er mit marktschreierischen Plakaten herumzieht, in Gefahr kommt. Deshalb habe er die Waffe eingesteckt. Er wollte die verbotene Propaganda mit Gewalt durchsetzen. Für den Waffenbesitz muß er mit 1 Jahr Gefängnis bestraft werden.

Der bisherige Haftbefehl wird aufgehoben und mit Rücksicht auf Fluchtverdacht ein neuer Haftbefehl verhängt. —

Der Stahlhelm zieht in den Kampf

Der Bundesvorstand des Stahlhelms hat am 22. und 23. September in Magdeburg getagt. Er hat die Bundesführung beauftragt, „ein Volksbegehren über die Aendrung der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 einzuleiten und durchzuführen".

Die Bundesleitung veröffentlicht zu diesem Beschlusse eine lange Begründung, deren Inhalt sich kurz dahin zusammenfassen läßt: die parlamentarische Republik hat Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt, die Rechtsparteien haben im Kampfe gegen dieses System versagt, und darum muß nun endlich der Stahlhelm Deutschland retten.

In der in Berlin vom Stahlhelm gemeinsam mit der Deutschnationalen Volkspartei veranstalteten Kundgebung hat der Landesverbandsführer von Groß-Berlin, Major v. Stephani, die Bedeutung dieser jüngsten „Stahlhelmtat" mit den Worten zu kennzeichnen versucht: „Der Angriff hat begonnen; und wer uns kennt, der weiß, daß es dann kein Halten mehr gibt." Man pflegt ja im allgemeinen beim Stahlhelm den Mund etwas reichlich voll zu nehmen und immer wieder hat man beobachten können, daß die Führer des Stahlhelms gern große Worte machen, aber immer vor der letzten Konsequenz ihrer Worte zurückgeschreckt sind. Dieses Mal aber glauben wir doch, daß man den eben angeführten Ausspruch sehr ernst nehmen muß. Denn der Stahlhelm hat sich auf einen Weg drängen lassen, auf dem es tatsächlich kein Halten mehr gibt, wenn man nicht den Bestand der Organisation selbst gefährden will. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Durchführung des Volksbegehrens von einer leidenschaftlichen Agitation gegen den heutigen Staat und seine Verfassung begleitet sein muß. Einen Vorgeschmack von dem, was wir zu erwarten haben, hat uns der Fürstenwalder Haßgesang gegeben. Was aber soll geschehen, wenn man Monate hindurch die eignen Anhänger in diesem Ausmaße aufgepeitscht und aufgehetzt hat und dann eines Tages der Volksentscheid gescheitert ist? Glaubt man, daß dann der Stahlhelm noch in der Lage sein wird, sich diesem Volksurteil zu beugen? Dann drängt das Schwergewicht des unternommenen Angriffes zu weitern Schritten. Dann wird der Stahlhelm der Gefangene seiner Agitation sein. Die Mitglieder, denen man den Gedanken eingehämmert hat, daß es für Deutschland nichts andres gibt, als die parlamentarische Republik zu beseitigen oder unterzugehen, werden stürmisch den Uebergang zur offnen Auflehnung gegen den Staat fordern. Und diesem Verlangen wird die Führung nachgeben müssen, wenn sie nicht einen Zusammenbruch der Organisation erleben will.

Hierin liegt das ungeheure Gefahrenmoment bei der Kampfansage des Stahlhelms. Und sollte sich nicht auch die Bundesleitung dieses Zusammenhanges bewußt sein. Vielleicht sieht ihn der endgültig in die Ecke gestellte und harmlose Franz Seldte nicht. Aber Duesterberg und alle diejenigen, die mit ihm an einem Strange ziehen, sehen ihn. Und so muß man fast auf den Gedanken kommen, daß das angekündigte Volksbegehren des Stahlhelms nichts anderm dienen soll, als der geistigen und seelischen Vorbereitung eines Gewaltschrittes. Man will für einen Putsch die notwendige Atmosphäre schaffen!

Aus dieser Tatsache müssen die notwendigen Folgerungen gezogen werden. Einmal vom Staate selbst, der es sich endlich überlegen muß, ob die Mitgliedschaft im Stahlhelm noch mit dem Beamteneide zu vereinbaren ist. Dann aber auch von Parteiführern und Politikern, die ihre Verbindungen zum Stahlhelm immer noch nicht gelöst haben. Wie steht es z. B. mit Herrn Scholz und den andern Volksparteilern, die bisher glaubten, ihre Zugehörigkeit zu einer Regierungspartei mit ihrer Eigenschaft als „Stahlhelmkamerad" in Einklang bringen zu können. Ihnen wird nichts andres übrigbleiben, als endgültig dem Stahlhelm den Rücken zu kehren oder zur Deutschnationalen Volkspartei überzutreten. Der Stahlhelm hat sich einseitig in das Fahrwasser des radikalen Flügels dieser Partei begeben. Nun soll man ihn auch nach außen hin als das erscheinen lassen, was er ist: die Schutztruppe der Reaktion in jedem Sinne des Wortes.

Unsre Parole aber heißt: Augen auf! Es gilt, den deutschen Staat vor den Folgen der Experimente seines jüngsten „Retters" zu bewahren. —

Innenpolitik

Regierungskrisen / Die Bewegungen im Lager der Reaktion / Unsre gegenwärtige Aufgabe

Zu der Regierungskrisis im Lande Thüringen, die schon über 2 Monate dauert und noch immer kein Ende nehmen will, hat sich inzwischen eine Regierungskrisis im Lande Mecklenburg-Strelitz gesellt, die in ihrer Art eine besonders groteske Note trägt. Der Ministerpräsident von Reibnitz, der Führer der Strelitzer Sozialisten, hat das Mißfallen der aus Handwerkern und Demokraten bestehenden wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft gefunden. Diese hat ihm ihr Vertrauen aufgekündigt. Die beiden Fronten, die heute in Mecklenburg-Strelitz bestehen, umfassen auf der einen Seite Kommunisten, Sozialisten und Deutsche Volkspartei, auf der andern Seite Demokraten, Handwerker und Deutschnationale. Ein sehr eigenartiger Aufmarsch, der erkennen läßt, daß es sich bei der Strelitzer Krisis mehr um den Streit von Personen, als um wirkliche politische Meinungsverschiedenheiten handelt. Die Thüringer Krisis hat wenigstens noch den Hintergrund der Wahrung der Rechte der Parlamentsautorität. Im übrigen sind Regierungskrisen in keinem Fall ein Mittel zur Popularisierung des Parlamentarismus, jedenfalls so lange nicht, als die Parteien, die eine Regierungskrisis verursachen, nicht die Garantie dafür schaffen, daß eine neue Regierung möglichst schnell und ohne peinliche Schachzüge zustande kommt. Auch in Württemberg steht das Kabinett Bolz-Bazille auf einer sehr schwankenden Basis, denn die Mißstimmung der Deutschen Volkspartei gegen den Kultusminister Bazille wächst und vertieft sich immer mehr. Bekanntlich verfügt die Regierung Bolz über genau 40 Stimmen von 80 des gesamten Landtages. Wenn die vier Stimmen der Deutschen Volkspartei nicht mehr mitmachen, ist die Regierung gestürzt, aber sie findet noch nicht den richtigen Mut dazu, ein Kabinett mit den Sozialisten zu wagen. Die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in Württemberg entbehren insofern nicht der heitern Note, als es der Regierung unmöglich ist, ein positives Vertrauensvotum im Landtag zur Annahme zu bringen. Anträge, bei denen sich die Ja- und Nein-Stimmen die Wage halten, gelten als abgelehnt. Natürlich stimmen die Minister immer für ihre eigne Person. Es können aber auch Mißtrauensanträge nicht zur Annahme kommen, weil sie höchstens die Hälfte der Landtagsstimmen erhalten und darum ebenfalls wegen Stimmengleichheit abgelehnt werden. Die Deutsche Volkspartei kann also mit ihren vier Mandaten, d. h. also mit einem Zwanzigstel des Landtags, den Kurs der württembergischen Landespolitik bestimmen. Die gegenwärtigen Verhältnisse in Thüringen, Strelitz und Württemberg beweisen also einmal wieder in krassester Weise, wie notwendig es ist, die Zahl der Parteien auf einen möglichst geringen Umfang zu beschränken. Der Länderparlamentarismus wird sonst immer mehr zu einer Lächerlichkeit. Da die Länder hauptsächlich nur Verwaltungsaufgaben haben, ist es überhaupt nicht recht begründet, daß hier der Parteiaufmarsch sich in derselben Weise vollzieht. wie im Reiche.

*

Was nun das Reich selbst angeht, so möchte man dringend wünschen, daß uns der kommende Winter nicht auch hier wieder eine langwierige Regierungskrisis beschert. Viel vermerkt worden ist das Wort des frühern Reichskanzlers Dr. Marx auf einem Dresdner Parteitag, mit dem er andeutete, daß ein großer Teil der führenden Zentrumsleute vorläufig noch keine rechte Neigung besitze, dem Kabinett Müller eine festere Basis zu sichern. Diese Bemerkung hat dazu geführt, daß sich die Zentrumspresse aus eignem Antrieb mit dieser Frage befaßte und, soweit man übersehen kann, ziemlich geschlossen die Auffassung verfocht, daß eine Taktik dauernnder Distanzierung der Zentrumsfraktion gegenüber dem Kabinett Müller der Partei keinesfalls zum Vorteil gereichen würde. Stellenweise wurde dabei die Andeutung gemacht, als ob es der Zentrumsfraktion an den richtigen Männern fehle, die in die zur Verfügung stehenden Ministerien entsandt werden könnten. Daß man also sozusagen aus der Not eine Tugend machen möchte, wenn man das Kabinett Müller vorläufig lieber in seiner bisherigen Form belassen möchte. Inzwischen haben die führenden Köpfe der Reichstagsfraktion in Altenberg bei Köln eine Zusammenkunft gehalten, wo die unverbindlichen Besprechungen über die Regierungsfragen fortgesetzt wurden, die man während des Katholikentages in Magdeburg begonnen hatte. Man bekommt aber den Eindruck, als wenn sich allmählich doch die Auffassung durchsetzen wollte, daß es für das Prestige des Zentrums besser ist, mit einem möglichst hohen Anteil an der Verantwortung an den Regierungsgeschäften teilzunehmen. Daraus ergibt sich aber zu gleicher Zeit auch, daß man hinsichtlich der Verteilung der Ministerien höchstwahrscheinlich ganz bestimmte Wünsche im Busen trägt. Weil dem so sein muß, regt sich eben eine gewisse Sorge, daß im November und Dezember wieder so verwickelte und nervöse Besprechungen nötig werden, wie wir sie in den bösen Sommermonaten Juni und Juli zum Schaden der Parlaments-Autorität haben erleben müssen. An die Einsicht der Fraktionen und ihrer Führer werden höchstwahrscheinlich demnächst wieder hohe Anforderungen gestellt werden müssen. Um der Demokratie und ihrer öffentlichen Reputation willen.

*

Es könnte vielleicht verhängnisvoll werden, nein, dieser Ausdruck geht zu weit, aber doch immerhin nicht ungefährlich, wenn das angekündigte Volksbegehren des „Stahlhelms" und der neuerdings von ihm geführten Deutschnationalen Volkspartei für eine Verfassungsändrung in solchen Wochen zur Unterschrift ausgelegt wäre, in denen zugleich einmal wieder eine Regierungskrisis die Autorität unsers Parlamentarismus aufs Spiel setzte. Das muß unbedingt vermieden werden. Die republikanischen Parteien haben in der Tat nicht den geringsten Anlaß, das Verlangen der nationalistischen Rechten auf Verfassungsändrung mit vermeidbaren parlamentarischen Krisen belebend zu illustrieren. Im Gegenteil sollte das Vorgehen des „Stahlhelms" und die seltsame Rolle, die dabei die Deutschnationale Volkspartei spielt, einen schleunigen Zusamenschluß aller republikanischen Demokraten herbeiführen, um eine Stabilität des heutigen Kabinetts zu sichern. Nur so wäre es wirklich befähigt, diese neuen Angriffe auf die parlamentarische Demokratie abzuschlagen. In den letzten Monaten sind von seiten der demokratischen, aber auch von seiten des Zentrums wiederholt kritische Bemerkungen zu dem Fortbestehen der Reichsbannerorganisation beliebt worden. Wir vermuten wohl nicht mit Unrecht, daß man solche parteihochmütige Voreiligkeiten inzwischen bereits wieder etwas bereut. Höchstwahrscheinlich wird die Reichsbannerorganisation in den nächsten Monaten noch oft und sehr energisch zur Stelle sein müssen, um kundzutun, daß die Posaunenstöße des „Stahlhelms", mögen sie noch so laut sein, nicht fähig sind, die Mauern der Republik umzublasen.

In dieser Bundeszeitung ist schon mehrfach erwähnt worden, daß es nicht ausreicht, die Republik und den demokratischen Parlamentarismus nur technisch, d. h. von außen her zu schützen, daß es vielmehr nötig sei, daß die Republik auch durch ihre politische Arbeit sich treue Anhänger und Freunde im Volke sichere. Durch ihre Leistungen vor allem müsse sie sich feste Wurzeln im Herzen der Massen verschaffen. Es ist aber auch darauf hingewiesen worden, daß die unvollkommenen Funktionsformen unsers parlamentarischen Betriebes nicht nur solche politischen Leistungen erschweren, sondern auch das moralische Prestige des Parlamentarismus selbst belasten. Eine Republik, die sich wirklich vorteilhaft und mit werbender Kraft verkünden will, muß möglichst glatt und reibungslos funktionieren. Die demokratische Führung muß klar sein, Zwiespältigkeiten und Doppelgesichtigkeit des politischen Kurses müssen grundsätzlich vermieden werden können. Wähler, die eine bestimmte Regierung mit einem feststehenden Programm gewünscht und erzielt haben, dürfen nicht über Nacht jäh enttäuscht werden. Sonst ziehen sich die Herzen von solchem politischen Betrieb zurück und die Liebe erkaltet. Man mag das gemeinsame Vorgehen von Deutschnationalen und „Stahlhelm" gegen die Verfassung einschätzen wie man will, das eine darf man nicht übersehen, daß sie aus einer ganz bestimmten Situation, in der sie sich in dem letzten Jahre befunden haben, radikale Konsequenzen zu ziehen beabsichtigen. Bekanntlich haben die durch diese beiden Organisationen vertretenen politischen Kreise sich bis zu dem Tage, da die Fraktion des Grafen Westarp in die Regierung eintrat, als „nationale Opposition" aufzuspielen versucht. Sie bekämpften die Verständigungspolitik mit Frankreich, die Abmachungen von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Unter der Führung des Grafen Westarp hat man dann im Februar vorigen Jahres weitgehende Ueberzeugungsopfer gebracht, um die Regierungsführung in die Hand zu bekommen und vor allem, um auf dem Umweg über das Reich die Machtverhältnisse in Preußen umzuwerfen. Graf Westarp hat den Versuch gemacht, durch Einfügung seiner Partei in den parlamentarischen Betrieb den Parlamentarismus zu einem Mittel der Reaktion zu machen und die Restauration, die Wiederherstellung des Vorkriegsregimes, vorzubereiten. Dieser Versuch ist mißglückt, der 20. Mai versetzte die Deutschnationalen eine außerordentlich harte Niederlage. Die großen Ueberzeugungsopfer waren fast umsonst gebracht worden. Es scheint so, als ob nunmehr die Richtung im national-konservativen Lager die Oberhand gewänne, die mit der Kompromißpolitik gegenüber dem Parlamentarismus endgültig Schluß und den Versuch machen möchte, an die Stelle der Koalitionskabinette die Diktatur zu setzen. Ganz offen sagt man ja, daß der heutige Zustand des Parlamentarismus eine Kursändrung, möge sie noch so sehr durch die „nationalen Notwendigkeiten" verlangt werden, unmöglich mache. Auch eine große Partei sei immer nur ein Teil einer Regierung und infolgedessen auf Kompromisse angewiesen. Sie könne immer wieder, wenn es den andern Koalitionsparteien so gefalle, aus der Regierung hinausgedrängt werden. Gerade diese Argumentation ist außerordentlich wichtig. Aus ihr folgert man ja, daß die Rechte des Reichspräsidenten vermehrt werden müssen, daß eine einmal von ihm bestätigte Regierung während der Dauer einer Reichstagslegislaturperiode nicht mehr beseitigt werden dürfe. Es ist ja auch zu bedenken, daß diese vergangene Not der Deutschnationalen auch schon andre große Parteien belastet hat, so das Zentrum in seinen grundsätzlichen kulturpolitischen Forderungen und die Sozialdemokratie beispielsweise in der Frage des Panzerkreuzers, d. h. in seinen militärpolitischen Grundsätzen. Auch in diesen Parteien wurzelt die vorhandene Mißstimmung gegenüber dem parlamentarischen Betrieb letzten Endes so in der Unvermeidbarkeit der Koalitionskabinette, die um so lästiger empfunden wird, als unsre großen Parteien ja auf weltanschaulich-ideologischen Fundamenten aufgebaut sind. Jeder politische Kompromiß gilt infolge dieses Umstandes naturnotwendig als Gesinnungsschwäche, als Grundsatzverrat. Hier öffnen sich Gefahren für die Republik insofern, als das Volksbegehren des Stahlhelms und der Deutschnationalen mit der Verärgerung der enttäuschten Wähler auch in andern Weltanschauungsparteien rechnen kann.

Wir meinen also, daß die technische Behütung der Republik nicht ausreicht, um sie endgültig zu sichern, sondern daß gewisse notwendige Reformen entwickelt werden müssen, die eine leichtere parlamentarische Mehrheitsbildung sichern. In dieser Hinsicht hat es diese Bundeszeitung an Mahnungen und Hinweisen nicht fehlen lassen. Das Reichsbanner wird aber gut daran tun, immer wieder auf diese Wunde hinzuweisen, denn nur so kann letzten Endes verhütet werden, daß der parlamentarische Betrieb sich zu einem ständigen Aergernis auswächst. Die politische Marschroute darf dem Reichsbanner nicht vom Stahlhelm vorgeschrieben werden. Vielmehr ist es notwendig, daß die politischen Bestrebungen dieser republikfeindlichen Organisationen auch vom Politischen selbst her einen hartnäckigen und zielbewußten Widerstand finden.

Wie sich die Dinge im deutschnationalen Lager entwickeln werden, darüber wird wohl erst der Parteitag am 20. Oktober letzte Auskunft geben. Hinter dem Vorgehen des Stahlhelms steht offenkundig als oberster Einpeitscher Alfred Hugenberg. Dessen Widerpart ist im Augenblick der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit seinen politischen Führern Bechly und Lambach. Aber so sehr sie in persönlicher und sozialwirtschaftlicher Hinsicht Hugenberg ablehnen, so sehr sind sie in der Frage des Parlamentarismus auf seiner Seite. Man kann also erwarten, daß der 20. Oktober die Sammlung der antiparlamentarischen Front befestigt.

Fritz Lensen.

Außenpolitik

Ausklang in Genf / Neue Entente / Ringen um den Balkan / Faszistisches / Wahlen in Skandinavien

Die Tagung des Völkerbundes ist beendet. Viel hat sie nicht gebracht. Das Rededuell Hermann Müller-Briand hat die Entwicklung keineswegs gefördert. Die Rheinland- und Reparationsverhandlungen haben in Deutschland enttäuscht. Zwar sind die offiziellen Verhandlungen eröffnet, aber die Einigung ist noch nicht in Sicht.

Und gar die Abrüstung! Hier steht es besonders schlecht. Keine Spur kam man vorwärts. Graf Bernstorff, Deutschlands Vertreter, hatte schon recht, als er sogar einen Rückschritt feststellte. Ueber mehr oder weniger schöne Reden und nichtssagende Resolutionen hat man es nicht gebracht. Gäbe es einen umgekehrten Nobelpreis für den, der dem Frieden am meisten Hindernisse in den Weg legt, die Preisrichter hätten eine schwere Wahl. England, Frankreich, Italien, Japan, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei würden um diesen „Preis" wetteifern.

Zuerst versteiften sich die Abrüstungsfeinde auf die Frage der Sicherheit. Um diesem Einwand zu begegnen entwarf das Sicherheitskomitee Modellverträge, die die Sicherheit der Vertragschließenden garantieren sollen. Und auch das berüchtigte Potentiel de guerre zieht nicht mehr so recht. Da haben die Saboteure ein neues Versteck entdeckt. Erst muß eine Einigung der Seemächte hergestellt werden, dann kann man weiter über Abrüstung sprechen. Und wenn die Einigung der Seemächte hergestellt wäre, dann würden plötzlich die Luftrüstungen aus dem Zauberkasten hervorspringen, und dann vielleicht die chemische Industrie. Also eine Spirale ohne Ende.

Aber so weit brauchen die Rüstungsliebhaber gar nicht zu denken. Schon mit der Einigung der Seemächte hapert es. Da gibt es zwar das englisch-französische Flottenkompromiß. Doch es leben ja noch andere Seemächte: Amerika, Italien, Japan. Und die beiden Erstgenannten denken nicht daran, dem Kompromiß zuzustimmen. Haben sie doch — nicht ganz mit Unrecht — das Empfinden, als sei das Kompromiß gegen sie gerichtet, als sollten ihnen damit die Hände gebunden werden.

Wieder zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß die Abrüstung Sache der Politik ist, daß mit der politischen Verständigung auch eine ernsthafte Abrüstung gesichert wäre, daß aber ohne politische Verständigung die ganze Arbeit auf diesem Gebiet leeres Gerede bleibt. Ob die deutsche Taktik, die die Abrüstung immer noch gar zusehr als juristisch-technisch-moralisches Problem betrachtet, richtig ist, scheint daher zweifelhaft.

*

Wie sehr die Abrüstung ein Echo der Politik ist, zeigt gerade das englisch-französische Flottenkompromiß. Dieses Abkommen hat viel Staub aufgewirbelt. Erst ein Rätselraten, was wohl der Inhalt dieses Abkommens sei — gefördert wurde dieses Rätselraten durch die törichte Geheimnistuerei der beiden beteiligten Länder —, dann die Suche nach dem politischen Hintergrund, „Enthüllungen" — „Dementis" — neue „Enthüllungen".

Die amerikanische Presse veröffentlicht ein französisches diplomatisches Dokument — Instruktionen des Außenministeriums an die Botschafter — das kaum etwas Neues bringt, aber als Sensation wirkte. Ist dieses Dokument gestohlen worden? Handelt es sich um einen Diplomaten-Schachzug? Klar ist die Antwort darauf nicht. Jedenfalls — die veröffentlichten Dokumente waren echt.

Interessanter sind russische und italienische Veröffentlichungen über die politische Grundlage des Flottenabkommens. Danach handelt es sich um eine englisch-französische Zusammenarbeit auf fast allen Gebieten. England gibt Frankreich in den deutschen Fragen freie Hand, England unterstützt Frankreichs Abrüstungsthese in bezug auf das Landheer, England schließt sich der französischen Balkanpolitik gegen Italiens Vorherrschaft an. Frankreich verzichtet auf die Annäherung an Rußland, Frankreich unterstützt Englands Flottenpolitik in ihrem Kampfe mit Amerika. Die neue Entente richtet sich also gegen Deutschland, Rußland, Italien und Amerika in gleicher Weise, der Befriedung Europas dient sie kaum.

Daß die russisch-italienischen „Enthüllungen" richtig sind, beweisen die Vorgänge der letzten Zeit: Englands Gleichgültigkeit bei den Rheinland-Räumungsverhandlungen, die gemeinsame Sabotage der Abrüstung, der gemeinsame Schritt beider Mächte in Bulgarien, Briands Ausfälle gegen Sowjetrußland und schließlich das vielbesprochene Flottenabkommen. Im Zeichen dieser reak-

tionären Entente stand die letzte Völkerbundsversammlung. Ueberschaut man diese politischen Hintergründe, dann ist die Ergebnislosigkeit der Genfer Tagung erklärlich. Die politische Lage ist eben nach wie vor das entscheidende.

Doch wird die neue Entente halten? Es scheint fraglich. In England wächst die öffentliche Mißstimmung gegen diese Geheimpolitik, die England in Europa bindet ohne ihm den Erfolg gegen Amerika zu garantieren. Denn da Amerika finanzkräftiger ist, würde es im Wettrüsten zur See unzweifelhaft der Sieger bleiben. Bis hinein in die konservative Regierungspartei wird daher in England die Abkehr von dieser Politik gefordert. Wünschen die Engländer schon Konflikte mit Amerika allein zu vermeiden, um wieviel mehr müssen sie daher eine amerikanisch-deutsch-russisch-italienische Zusammenarbeit fürchten?

Natürlich mag die englische Regierung nicht ihren Fehler eingestehen, sie sucht daher die englisch-französische Entente durch Einbeziehung Italiens zu stärken. Es wird gesagt, Italien sollen große Versprechungen gemacht worden sein. Doch ob Frankreich, das die Opfer hauptsächlich zu bringen hätte, freudig mitmacht? Und ob die Angebote den Italienern genügen. Italien, das ja gern den Balkan allein beherrschte, müßte sich dann nämlich mit Frankreich in die Vorherrschaft teilen.

So zeigt es sich, daß die neue Entente doch recht wacklig ist. Ob sie eine ernste Belastungsprobe bestehen würde, ist sehr zweifelhaft. England läßt deshalb den Draht nach Washington nicht reißen und Frankreich hat noch lange nicht alle Brücken nach Deutschland abgebrochen. Deutschlands Aufgabe ist es nun, nicht zu früh, aber auch nicht zu spät diese Brücke zu betreten.

Italiens Interesse erstreckt sich hauptsächlich auf den Balkan. Seit langem arbeitet es dort planmäßig an der Isolierung Südslawiens, Frankreichs Verbündeten. Anfangs mit Erfolg, solange England hinter Italien stand. Dann aber machten sich Briands Gegenschachzüge bemerkbar, auch England hörte auf, Mussolini zu helfen. Doch Italien ließ sich nicht abschrecken.

Erst in diesen Tagen hat Venizelos, der bei seinem Wiederauftauchen in Griechenland als Italiengegner und Frankreichanhänger galt, in Rom einen griechisch-italienischen Freundschaftspakt unterzeichnet. Venizelos versichert zwar, dieser Pakt richte sich gegen niemand, er fuhr doch zur Beruhigung nach Paris. Aber jedenfalls hat Griechenland aufgehört, ein sicherer Stein auf dem französischen Brett zu sein.

Mussolinis Balkanpolitik setzen England und Frankreich ihre eigne gegenüber. Sie wollen ein Balkan-Locarno schaffen, bei dem ihnen natürlich die Schiedsrichterrolle zufiele. Und das Balkan-Locarno soll den gegenwärtigen Balkanzustand verewigen, anstatt diese Halbinsel der Unruhe neu zu organisieren. Ein schematisches, die Entwicklung hemmendes Balkan-Locarno wäre alles andre, nur kein Friedenswerk.

Der Fascismus betätigt sich nicht nur in der Außenpolitik. Er sucht auch den eignen Staat neu zu organisieren. Bisher hat er dem Parlamentarismus nur eine — übrigens recht verschwommene — Idee entgegengesetzt. Ihm fehlte aber jedes System. Dieses Verfassungssystem zu schaffen, bemüht sich der Fascismus seit längerer Zeit. Doch sein „System" zeugt von einem grenzenlosen Dilettantismus.

Da soll es ein Parlament geben. Aber es wird nicht gewählt. Die Korporationen — künstliche, berufsständische Organisationen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern — machen Vorschläge und der Große Rat, eine rein fascistische Parteiorganisation, stellt unter Berücksichtigung dieser Vorschläge eine Liste für das ganze Land auf. Weitere Listen gibt es nicht, und das Volk hat dann das „Recht", diese Liste zu wählen. Wäre es nicht so traurig, fürwahr man müßte lachen.

Auch sonst experimentiert der Fascismus herum. Jetzt wurden Zusammensetzung und Rechte des fascistischen Großen Rates festgesetzt. Mussolini führt den Vorsitz (natürlich!), neben ihm sitzen im Großen Rat die Minister, die „Parlaments"-Präsidenten, die Parteisekretäre und einige andre fascistische Amtspersonen. Und die Rechte des Großen Rates sind außerordentliche. Er steht geradezu über dem König, der immer mehr in den Schatten gedrängt wird. Er kümmert sich um Außenpolitik, Kulturpolitik, Verfassungsfragen, und er macht dem König Vorschläge, wenn der Ministerpräsidentenposten frei wird. Immer entschiedener geht Mussolini auf sein Ziel los, Staat und Partei eins werden zu lassen.

*

In Skandinavien fanden Wahlen statt. In Dänemark zum Landsthing, dem Oberhaus, in Schweden zur zweiten Kammer, dem entscheidenden Parlament.

Die dänischen Landsthingwahlen sind indirekt. Die über 35 Jahre alten Staatsbürger wählen Wahlmänner und diese erst die Abgeordneten. Die Wahl zeigte einen leichten Ruck nach links. Die Regierungspartei — eine gemäßigte Rechtspartei — verlor zwei Mandate, eins an die Sozialdemokraten, die den größten Erfolg erzielten, und eins an die demokratische Faröerpartei. Im Landsthing hat die Regierungskoalition (Konservative und Venstre) zwar noch eine Mehrheit von zwei Sitzen, aber nur dank dem Wahlsystem. Der Stimmenzahl nach ist die Linksopposition in der Mehrheit. Der Sozialistenführer Stauning fordert deshalb mit recht Ausschreibung von Neuwahlen auch für das Folkething, die entscheidende zweite Kammer. Doch die Regierung stützt sich auf die formale Mehrheit und regiert weiter.

Die Wahlen in Schweden zeigten das entgegengesetzte Ergebnis, einen starken unzweifelhaften Ruck nach rechts. Es ging darum, ob der Sozialismus zum erstenmal in Schweden die Mehrheit erhalten würde. Im vorigen Parlament saßen bei 230 Abgeordneten 105 Sozialdemokraten und 4 Kommunisten, die in Schweden verhältnismäßig vernünftig sind. Es fehlten also 7 Mandate zur Mehrheit. Die beiden Arbeiterparteien schlossen einen Wahlpakt. Das schweißte aber auf der andern Seite auch das Bürgertum von rechts bis links zusammen.

Das „rote Gespenst" tat seine Wirkung. Die Wahlbeteiligung war außergewöhnlich stark. Sie kam im wesentlichen der Rechten zugute. Die beiden Rechtsparteien gewannen 13 Mandate, die bürgerliche Linke verlor eins. Die Sozialdemokraten verloren 15 Sitze, die Kommunisten gewannen 3. Dabei erlitten die Sozialdemokraten keinen Stimmenverlust, im Gegenteil sie gewannen sogar über 100 000 Stimmen, doch die andern Parteien gewannen eben viel stärker. Die Mehrheitsverhältnisse im neuen Parlament sind derart, daß wie bisher, die Freisinnigen, eine bürgerliche Linkspartei, das Zünglein an der Waage bilden. Voraussichtlich werden sie sich diesmal nach rechts orientieren. Doch sicher ist es noch nicht.

Dr. G. Warburg.

Rüstung zum Bürgerkrieg

Wenn der Stahlhelm sich mausig macht, dürfen selbstverständlich die Nationalsozialisten nicht zurückbleiben. Sie rüsten zum Bürgerkrieg. Die „Rote Front" veröffentlicht Rundschreiben der obersten S.-A.- (Sport-Abteilung) Führung, die auf die Tätigkeit innerhalb der Nationalsozialistischen Partei ein bezeichnendes Licht werfen. Da ist zunächst ein nach Köln gegangenes Schreiben vom 9. August 1928, unterzeichnet von Himmler und Hauptmann v. Pfeffer, den Leitern der „Osaf" (Oberste Schutzabteilungs-Führung). Dort heißt es über die Durchführung eines „Sportkurses":

„Sie wollen im wesentlichen unter Berücksichtigung der gebotenen Vorsicht nach dem neuen Reichswehrreglement den Kursus in möglichst kurzgehaltenen Kursusbriefen durchführen. Es ist jedoch wohl angebracht, die direkten militärischen Instruktionen nur in den mündlichen Lehrabenden zu erteilen. Die Aufmarsch-, Abwehr- und Rüstungs- usw. -Instruktionen sind auch nur mit größter Beschneidung zu erteilen. Den SAF. (Sportabteilungsführern) usw. ist auch über die Brig. Div. Osaf nur das Erforderliche zu sagen."

In einem Schreiben vom 17. August 1928 wird dann nochmals zur Vorsicht gemahnt:

„Herr A. H. (Adolf Hitler) wünscht, daß die militärischen Instruktionen ... nur in ganz engem Kreis der interessierten Pg. (Parteigenossen) mündlich zu erteilen sind."

In einem Rundschreiben des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, Hochschulgruppe Köln, wird ausdrücklich betont, daß nur derjenige Mitglied der S. S., das heißt der Schutzstaffel, der militärischen Kerntruppe der Partei werden kann, der militärisch vorbereitet ist. In einem Rundschreiben der Schutzstaffel Rhein wird angeordnet, daß für Führerstellen ehemalige Frontoffiziere bevorzugt werden sollen.

Damit aber niemand im Zweifel darüber sein kann, welchem Zwecke diese Vorbereitungen dienen sollen, wird in einem weitern Rundschreiben des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes ganz offen gesagt:

„Es wird unter Bezugnahme auf R.-Schr. 2 erwartet, daß alle gesunden Mitglieder sich zum S.-S.-Dienst melden, um im Braunhemd praktisch für die kommende Auseinandersetzung bei der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur herangebildet zu werden."

Wir haben es hier, vorausgesetzt daß die von der „Roten Front" veröffentlichten Dokumente echt sind — bei dem dauernden Mitgliederwechsel zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten spricht alles dafür —, mit einer planmäßigen Vorbereitung des Bürgerkriegs zu tun. Es liegt alle Veranlassung vor, daß die Behörden sich einmal eingehend mit der Tätigkeit der Nationalsozialisten beschäftigen. —

Dank an Hannover

Die hannoverschen Kameraden haben der Bundesgeneralversammlung eine Aufnahme bereitet, für die ihnen auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen sei. Gau, Ortsverein und die einzelnen Kameraden haben miteinander gewetteifert, um den Teilnehmern der Tagung den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten.

Schon die Vorarbeiten waren vom Gau- und Ortsvereinsvorstand so sorgfältig und zweckentsprechend durchgeführt, daß der für eine solche Tagung notwendige äußere Apparat bis in jede Einzelheit hinein reibungslos funktionierte. Und auf der Tagung selbst war es herzerfrischend, mit welcher Hingabe und Hilfsbereitschaft die hannoverschen Kameraden und Jungmannschaften sich der Aufgabe entledigten, die der nun einmal notwendige Hilfsdienst von ihnen forderte.

Daß man in Hannover auch die Geselligkeit zu pflegen versteht, hat der Festabend gezeigt, der den Teilnehmern der Tagung vom Gau- und Ortsvereinsvorstand gegeben wurde. Man weiß nicht, wem für den guten Verlauf der Veranstaltung insbesondere der Dank gebührt, der hannoverschen Reichsbannerkapelle, dem Arbeitersängerquartett, den Turnerinnen der Freien Turnerschaft, dem Humoristen oder den andern alle, die durch ihre Mitwirkung und Mitarbeit den Abend ermöglicht haben. Jedenfalls, es lagerte eine Stimmung der Herzlichkeit und des Wohlbehagens über den Hunderten der Anwesenden, die den Hannoveranern zeigen mußte, wie gern alle bei ihnen zu Gaste waren.

Auch die starke Beteiligung der Bevölkerung bei den Eröffnungsfeiern in der Stadthalle und der Ausstellungshalle, bei den Empfängen und Aufmärschen, die Fahnen an den Häusern der Republikaner zeigten, wie stark sich die republikanische Bevölkerung Hannovers mit dem Reichsbanner verbunden fühlt. So konnten wir alle Hannover nur mit dem Gefühl der Dankbarkeit verlassen. Der Aufenthalt in der alten Niedersachsenstadt wird allen in guter Erinnerung bleiben.

Hindenburg in Schlesien

„Der Republik treu bis zu seinem Tode."

Ein oberschlesischer Kamerad schreibt uns:

Die Schlesienreise des Reichspräsidenten ist vorüber. Fast überall ist auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zur Begrüßung aufmarschiert und hat sich an der Spalierbildung beteiligt.

Im Gau Oberschlesien haben sich in Gleiwitz an den Empfangsfeierlichkeiten 600 Kameraden beteiligt. In Oppeln hat das Reichsbanner in einer Stärke von 500 Mann dem Reichspräsidenten einen Fackelzug dargebracht. Hier fand auch ein Empfangsabend beim Oberpräsidenten Dr. Proske statt. Bei dieser Gelegenheit gab Hindenburg dem Gauvorsitzenden, Kameraden Hille, und dem Gausekretär, Kameraden Musiol, die gerade heute politisch bedeutsame Erklärung ab,

daß er an der Verfassung nicht rütteln lassen werde und den Eid, den er als alter Offizier der deutschen Republik geleistet habe, bis zu seinem Tode halten werde.

In Ratibor gab Kamerad Prälat Ulitzka gegenüber dem Reichspräsidenten dem Vertrauen Ausdruck, das das deutsche Volk bis in die Linkskreise hinein zu seiner Amtsführung habe. „Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an ein ehrendes Bekenntnis erinnern, das für Ihre hingebende loyale Amtsführung abgelegt worden ist. In diesen Tagen schrieb der Vorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der der Sozialdemokratischen Partei angehörende frühere Oberpräsident Hörsing: Reichspräsident von Hindenburg hat seinen Eid bis zur Stunde gehalten, er hat in der loyalsten Weise die Verfassung beachtet. Kein politisch anständiger Mensch kann gegen den Reichspräsidenten in dieser Hinsicht auch nur den geringsten Vorwurf erheben. Die Lauterkeit und das ehrliche Bestreben des Reichspräsidenten, sein Amt unparteiisch und loyal zu verwalten, wird von allen republikanischen Parteien anerkannt."

Im Gau Niederschlesien bildete das Reichsbanner in Görlitz mit 2000 Kameraden auf der Hauptstraße Spalier, während der Stahlhelm außerhalb der Stadtgrenze aufmarschiert war. Auch in Liegnitz, Glogau und Lauban beteiligte sich das Reichsbanner in bemerkenswerter Stärke.

Im Gau Mittelschlesien waren die Kameraden von Waldenburg mit etwa 400 Mann zur Begrüßung angetreten.

„Unser Franz"

Einem tiefgefühlten Bedürfnis endlich abzuhelfen, erschien vor einigen Tagen in Magdeburg das Heldenepos „Unser Franz". „Unser Franz?" — Na, Sie wissen doch, was das für ein Franz ist. Das ist doch der Franz, der den deutschen „Richtmann" erfunden hat — der Franz, auf dem „die Hoffnung des nationalen Deutschlands ruht" —, kurzum, das ist der Stahlhelm-Seldte.

Es wurde allerhöchste Zeit, daß über ihn ein Buch erschien, nachdem sogar Adolf Hitler seine umfangreiche literarische Würdigung weg hatte. Das Buch über „Unsern Franz" ist leider nicht umfangreich, aber dafür inhaltsreich.

Wir erfahren darin zum Beispiel, daß sich schon bei Franzens Urgroßvater Richtmannsspuren zeigten, daß aber erst bei Franzen selbst der Genius der Familie Seldte hervorbrach. Der ahnungsvolle Hauswirt merkte es gleich:

„Er besann sich nämlich nicht lange, sondern steckte, kurz entschlossen, die schwarzweißrote Fahne heraus. Wenn ihn dann unten in seinem Allerhandlädchen die Kunden fragten, was denn heute für ein nationaler Festtag sei, so antwortete er stolz und überzeugend: „Bei Seldtes ist ein Junge angekommen."

Früh zeigt sich der „junge Adler" in Franzen:

„Er selbst kannte nämlich keine Angst, krabbelte mit Entdeckerleidenschaft durch alle Winkel des Hauses vom Boden bis zum Keller und unternahm, sobald er halbwegs laufen konnte, die gewagtesten Ausflüge in die Nachbarschaft ..."

Ein wirklich individuelles Kind!

„Schon der Fünfjährige zeigte ein sehr bestimmtes Wesen und hielt auf „Formen"."

Fränzchen sagte nämlich einem Kindermädchen, das angenommen werden sollte: „Wenn Sie mit uns ausgehen, müssen Sie aber Ihren Hut aufsetzen!" Und siehe, das Kindermädchen ahnte, wen es vor sich hatte und „muckste nicht"; denn der Ton, in dem er das sagte, schloß jeden Widerspruch aus.

Auch Franzens Papa hatte bereits Stahlhelmeigenschaften und

„engagierte für seine Söhne und deren Freunde einen echten aktiven Unteroffizier, der den kaum den Windeln entwachsenen Rekruten nach altpreußischen Methoden die Knochen geradezog und sie nach allen Regeln des Reglements „einexerzierte". Dieser Unteroffizier hat Franz auch das Kommandieren beigebracht".

Ja, so was macht „Komplexe" in die Seele, und die äußern sich dann später als „Stahlhelmgeist".

Auch die in Seldtes Reden aufschäumende „Heldenromantik" scheint einem in der Kindheit verpaßten „Komplex" zu entspringen, erzählt doch das Buch folgendes:

„Bei einem Fest im „Odeum" auf dem Werder erschien der 4jährige Franz als „Prinz Liliput" auf seinem goldbronzierten Dreirad, das er schon mit 3½ Jahren gewandt zu beherrschen gelernt hatte. Er trug ein Kostüm aus hellblauem Atlas und auf dem Kopf einen Dreimaster mit lang herabwallender weißer Feder. In einer Ecke des Saales war aus schön bemalter Pappe eine romantische Ritterburg aufgebaut. Vom Söller blies ein kleiner Trompeter ein Fanfärchen, das Tor öffnete sich, und heraus fuhr auf seinem Dreirad Franz mit Gefolge ..."

Er konnte eben schon damals „repräsentieren".

Wie alle Genies war auch Franz universal begabt. Sein Biograph „kann ... sich des absurd scheinenden Gedankens kaum erwehren, daß der Soldat und Politiker Seldte bei entsprechender Ausbildung gewiß auch als Maler und Künstler seinen Weg gemacht hätte".

Doch verschonen wir den Leser mit Sonstigem aus Franzens Kindheit. Erzählen wir nur noch, daß er später als Fabrikbesitzer weder „Arbeitgeber noch Arbeitnehmer, sondern „Arbeitsschöpfer" war und in seiner Vorkriegsbibliothek alle Literatur- und Wissensgebiete vertreten waren — mit alleiniger Ausnahme der Politik. Dafür hatte er damals noch kein Interesse". Das kam dann später eruptiv.

Franz hat napoleonische Fähigkeiten. Er kann zum Beispiel, „wenn er müde ist, sich hinlegen und in der nächsten Minute unter Ausschaltung des gesamten Gedankenappartes (für eine vorausbestimmte Anzahl von Minuten) fest ... schlafen".

„Er tut jeder Sache Genüge. Das befähigt ihn, „mühelos" die verschiedenartigsten Sachen nebeneinander zu erledigen ...

Er hat die Eigenschaft der wahrhaft großen Persönlichkeit zu faszinieren und dennoch vom ersten Augenblick an jede Befangenheit zu nehmen ...

Wo er auftritt, ist er der Mittelpunkt. Wo er erscheint, beherrscht er die Lage — bloß weil er eben erscheint und weil sich durch sein Erscheinen die ganze Lage verändert."

Wie man sieht: er ist ein Tausendsasa, dieser Hausmeierling der Hohenzollern, dieser politische Rekrut des Herrn Hugenberg, diese Wachspuppe des Oberstleutnants Duesterberg. —

Reichsbanner-Beobachter

Gräberbesudler.

Zum „edlen Erneurungskampf" der Hakenkreuzlerhorden gehören auch planmäßige Verwüstungen jüdischer Grabstätten. Das macht man natürlich tapfer und treu zur Nachtzeit, wenn keine Gefahr damit verbunden ist. Wie die Zeitungen mitteilen, ist kürzlich die 62. Friedhofsschändung dieser Art begangen worden. Der Dichter Walter von Molo kennzeichnet dieses Treiben wie folgt:

Spricht ein Jude gegen solche irrsinnige Trottelei, so ist er „Partei", sagt der hysterisch-robuste und „christliche" Zeitgenosse, darum trete ich vor, weil ich nicht Partei bin, und sage, im Bewußtsein, daß es eine Schande ist, solches in Deutschland sagen zu müssen: Es ist das undeutscheste, unchristlichste, roheste, gemeinste, feigste Mithelfen bei dem Handeln einer Verkommenheit, deren wir uns nicht nur zu schämen, gegen die jeder, ohne jeglichen Unterschied, mit gewaltigster Verachtung vorzugehen verpflichtet ist.

Das ist keine kleine Sache, das ist keine Konfessions- oder Glaubenssache, das hat mit Politik nichts, aber schon gar nichts, mit gar nichts anderm zu tun, als damit, daß sich in diesem Handeln Eigenschaften zeigen, zu denen verurteilende Worte, wie bübisch, bestialisch, viehisch, nicht hinreichen; hier stockt wirklich das menschliche Wort, das der Anfang und das Ende ist — das ist das Ende jeglichen, auch nur hauchartigen Tier- oder Menschseins.

Das ist das Ende, die Verdammung, der umgestürzte Gipfelpunkt der Vermaledeiung. Ich bitte alle großen Zeitungen aller Richtungen des Menschseins in Deutschland, alle Eltern, Lehrer, Geistlichen, jeden, der irgend sich auch nur einer Spur Mitverantwortung der Gesamtheit gegenüber bewußt ist, sich aus der stumpfen Gleichgültigkeit des Zusehens bewußt zu werden, daß sich in diesen systematisch betriebenen nächtlichen Friedhofsschändungen eine Verwilderung zeigt, gegen die jedes Verbrechen anderer Art gering und entschuldbar erscheint — wieder stocke ich, die Worte greifen daneben und fehlen —, als unsre menschliche Sprache sich der Tierheit entwand, da war solches nicht vorhanden, nicht zu bezeichnen, was im Jahre 1928 in Deutschland lebt.

Sind die Gräberbesudler, die Grabsteinzertrümmerer Kinder oder Halbreife, wie in den meisten Fällen, dann tragen in noch höherm Maße die Schuld die „Erwachsenen", für die es erst recht kein Wort gibt, das verdammend genug wäre, für solche, die jugendliche Seelen derart durch Verhetzung in den letzten Gestank und Schlamm der Selbstentmenschung, und dadurch Selbstverdammung, hinabschleudern.

*

Mordhetze des Stahlhelms — und der Staatsanwalt?

In unsrer Nummer vom 12. August hatten wir auf eine gegen General v. Schoenaich gerichtete Notiz der Zeitung „Der Stahlhelm" hingewiesen, die man ihrer ganzen Auswirkung nach nur als Mordhetze charakterisieren konnte. Die Republikanische Beschwerdestelle hatte daraufhin Strafanzeige gegen den „Stahlhelm" erstattet. Ihr ist nunmehr vom Generalstaatsanwalt folgender Bescheid zugegangen:

„Der Artikel enthält ein Werturteil über den General v. Schoenaich, nicht aber eine Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung. Aus den angeführten Paragraphen kann daher nicht eingeschritten werden."

Eine Frage: Wenn nun eines Tages ein fanatisierter Jüngling gegen Schoenaich eine Pistole losknallen läßt, muß man sich dann auch damit abfinden, daß es sich nur um ein — Werturteil gehandelt hat? —

*

Radfahrt mit offnen Augen.

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen. Auch wenn es nur eine Radtour war. Ein Reichsbannerkamerad aus Schüren i. W. erzählt uns brieflich, was er bei seinem Ausflug in fortwährender Wiederholung verwundert sehen konnte: Hoheitszeichen der wilhelminischen Zeit! Er stellte solche Hoheitszeichen in folgenden Orten fest: in Lohne (Kreis Soest) am Amtshaus, in Erwitte (Kreis Lippstadt) am Amtsgebäude, in Paderborn am Preußischen Kulturamt, Wilhelmstraße 29, in Luke (Kreis Paderborn), in Hembsen und Beller (Kreis Höxter) am Gemeindevorsteherhaus.

Kleinigkeiten?! Die Republik sollte lernen, auf Kleinigkeiten unerbittlich zu achten. Tolerante Lauheit ist nicht am Platz und dürfte sich einmal schlimm rächen. —

*

Der „Uebertritt" zu Rotfront.

Die Kommunisten produzieren nach Moskauer Vorschrift politische Lügen, und die Nationalisten drucken sie — soweit die Lügen gegen das Reichsbanner zu gebrauchen sind — begierig nach. Himmel, war das eine Freude für die „Rote Fahne" und den „Stahlhelm", als sie ihren Lesern die „Erklärung von sechs Mitglieder des Reichsbanners in Rotzis (Kreis Teltow)", in der diese den „Uebertritt zum Roten Frontkämpferbund mitteilten", vorsetzen konnten! Jene „Erklärung" trug die Unterschriften von Moritz Graf, Bruno Weber, Ferdinand Mendela, Erich Simon, Robert Ralfs.

Wie liegen die Dinge wirklich? Unsre Ermittlungen ergaben, daß man in Rotzis Anstalten getroffen hatte, Mendela auszuschließen, da er dem Kameraden Graf den gemeinsam verdienten Lohn unterschlug. Mendela wußte, daß seines Bleibens im Reichsbanner nicht mehr lange sein dürfte und holte er sich die Kommunisten zu Hilfe. Diese bemühten sich durch reichliche Spenden von Alkohol, einige Reichsbannerleute für sich einzufangen. Es gelang ihnen jedoch nicht, da nur Mendela und sein Sohn übertraten. Da die Kommunisten aber doch ein Ergebnis mit nach Hause bringen wollten, machten sie schnell einige ihrer Mitläufer zu Angehörigen des Reichsbanners und ließen sie einen Zettel unterschreiben.

Die Lüge als bewußtes Kampfmittel nach Moskauer Vorschrift!! —

*

Sie riskierte die Lippe...

Wir entnehmen der völkischen „Deutschen Wochenschau" folgendes ernstgemeintes Gedicht zum 50. Geburtstag von Mathilde Ludendorff und verzichten auf einen Kommentar, da Witze für sich selber sprechen:

Heil dir, mut'ge, deutsche Frau,
Kühner Mundwalt deiner Sippe!
Es verkündet deine Lippe
Edler Weisheit tiefe Schau.

Blonder Ahnen lichte Kraft,
In die Adern dir gegossen,
Wuchs empor zur lodernd großen,
Heil'gen Freiheitsleidenschaft.

Göttlich seh ich dich entflammt
Von dem Genius hoher Rassen:
Groß zu lieben, groß zu hassen,
Groß zu rächen ist dein Amt. K. B.

Aus den Gauen

Gau Pommern. In der Landgemeinde Gotzlow, einem Vorort Stettins, wurde am 23. September ein Ebert-Denkmal, das erste der Provinz, feierlich eingeweiht. Unter starker Beteiligung des Reichsbanners und der republikanischen Bevölkerung sowie der Behörden — vertreten waren Vizepräsident Dr. Terwiel, Polizeipräsident Maier, Oberst von Sieghardt und Landrat Dr. Schöne — ging der Festakt vor sich. Der Gemeindevorsteher nahm die Enthüllung des Denkmals vor, während Kamerad Zabel die Festrede hielt. Für die Behörden sprachen Vizepräsident Dr. Terwiel und Landrat Dr. Schöne. Die Ansprachen waren von gesanglichen und musikalischen Darbietungen würdig umrahmt. Die Veranstaltung verlief sehr würdig und eindrucksvoll. —

Gau Hamburg. Am 16. September fand ein Gauspiel in Form einer Geländeübung statt. Die Beteiligung der Kameraden war recht zahlreich. Das Spiel wurde mit großer Begeisterung und viel Geschick durchgeführt. Es endete mit einer kraftvollen Demonstration für die soziale Republik. Die Ortsgruppe Woltmershausen bei Bremen beging am 23 September das Fest der Bannerweihe. Die Kameraden der benachbarten Ortsvereine hatten sich in großer Zahl eingefunden, so daß die Feier sehr eindrucksvoll verlief. —

Gau Berlin. Eine Veranstaltung eigner Art war die Bootsfahrt der Wassersportabteilung auf dem Tegeler See. Dreißig farbenprächtig geschmückte und durch Lampions erleuchtete Boote kreuzten in reizvoller Anordnung auf dem Wasser und boten den zahlreichen Zuschauern ein schönes Bild. Die Fahnenweihe in Herzfelde gestaltete sich zu einem großen Aufmarsch, die Reise der Motorradfahrer nach Halberstadt wurde zu einer Propagandafahrt für die schwarzrotgoldenen Farben. Eine neue Bannergruppe wurde in Neu-Lewin gegründet. Der Rote Frontkämpferbund versuchte ein neues Demagogenstückchen, indem er seine Versammlungen unter der Flagge „Reichsbannerversammlung" veranstaltete. Der Schwindel wurde jedoch sofort erkannt. —

Gau Braunschweig. Eine Kreiskonferenz in Holzminden und eine Bezirkskonferenz in Blankenburg erörterten Organisationsfragen. Der Verlauf der Konferenzen läßt eine starke Belebung der Reichsbannertätigkeit erhoffen. Das republikanische Treffen in Hessen am 16. September verlief glänzend. Die Fortschritte des Jungbanners sind außerordentlich erfreulich. Die Werbewoche des Braunschweiger Jungbanners wurde mit einer großen, wirkungsvollen Kundgebung eingeleitet. Beim Schutzsportfest in Halberstadt schnitt die Braunschweiger Jugend gut ab. Das große Gaujugendtreffen findet am 6. Oktober in Braunschweig statt. —

Gau Groß-Thüringen. Am 23. September wurde in Bleicherode am Harz ein Ebert-Denkmal enthüllt. Vor den zahlreich erschienenen Republikanern zeichnete der preußische Innenminister Grzesinski ein treffendes Bild des ersten Reichspräsidenten. Außer ihm sprachen noch die Kameraden Dr. Haas, Hauff und Dr. Baerensprung. Am 8. September trafen sich in Stadtroda die Jugendführer zu wichtiger Aussprache. Am 9. September fand dort die Bannerweihe statt, welcher eine technische Uebung vorausging. Der Kreis 5 veranstaltet am 7. Oktober ein technisches Treffen. In Schmiedefeld wurde eine neue Ortsgruppe gegründet.

Gau Hessen-Kassel. Ein eindrucksvoller Aufmarsch des Reichsbanners fand in Waldkappel statt. Kamerad Dr. Rocholl wies in der Festrede auf die neuen Aufgaben des Reichsbanners hin. Der Verein Melsungen im Reichskartell Republik (Schützenbund Hessischer Löwe) beging die Einweihung seines Schießplatzes, wobei Kamerad Meth die Festrede hielt. —

Gau Hessen-Nassau. Einige größere Konferenzen in Wetzlar und Frankfurt beschäftigten sich mit dem Ausbau der Organisation und erörterten ausgiebig alle damit zusammenhängenden Fragen. Aus Anlaß der Anwesenheit des Kameraden Hörsing in Marburg findet dort am 21. Oktober ein Kreisaufmarsch statt. —

Gau Volksstaat Hessen. Die Ortsgruppe Hahn unternahm am 16. September eine Marschübung nach Kühkopf bei Gernsheim. Kreiskonferenzen in Mainz und Michelstadt beschäftigten sich mit Organisationsfragen. Die Kameraden Rosar und Schmidt gaben in ihren Referaten die notwendige Uebersicht über die Arbeit unsrer Organisation. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Aus dem Geschäftsverkehr

Schutz vor Not in Krankheitsfällen. Die heutige Nummer unsrer Zeitung enthält ein Inserat der Zentral-Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands, Sitz Meißen in Sachsen. Die „Meißner Zuschußkasse", unter welchem Namen sie allgemein bekannt ist, gewährt ihren Mitgliedern im Fall einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankung einen Zuschuß zu der Krankenunterstützung der Pflichtkrankenkasse. Die „Meißner Kasse" wurde im Jahre 1878 von organisierten Arbeitern ins Leben gerufen und sie wird auch heute noch von ihren Mitgliedern verwaltet und geleitet. Die genannte Kasse ist also nicht zu verwechseln mit andern ähnlichen Kassen, die aber, im Gegensatz zur „Meißner Kasse", auf kapitalistischer Grundlage aufgebaut sind. Die Kasse zählt zurzeit in rund 700 Verwaltungsstellen über 70000 Mitglieder. Außer der Krankenunterstützung gewährt sie den Mitgliedern, die invalid werden, einen Zuschuß zur Rente und im Falle des Ablebens den Hinterbliebenen ein Sterbegeld. Der Beitritt zur „Meißner Kasse" kann allen Kameraden bei Bedarf bestens empfohlen werden.

Echte Harzer v 10 M an, Vorsäng Zuchtpch schneew. Kan. Käl., Futt., Vog. Arzn. Jll. Prsl. fr
Großz. Heydenreich BadSuderode 54 i. Har

Kugel-Käse Ia rot, ges. Ware ohne Abfall. 2 Kugeln = 9 Pfd. . M. 5.20
200 Harzer Käse, Ia M. 4.90
1 Kugelkäse und 100 Harzer Käse . M. 5.05
ab hier Nachn. K. Selbold Nortorf Holst. Hb. 301

Größte Ausw. i. Musikinstrumenten zu herabgesetzten Preisen

Wolf & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 504
Gr. Katalog ums. Auftr. v. M. 10. an portfr. Schallplatten M. 1.50 p. St

Republikanische Theaterstücke.
Die Helden von Spießerstadt. Ein politisch-satirisches Possenspiel in 1 Akt von Felix Renker. 7 H., 3 Nebenp. Preis 1.25 Mk. Nötig 8 Bücher 6.50 Mk. Die treffende Satire, die im ganzen Stück aufblitzt, wird überall große Heiterkeit hervorrufen.
Die Operation oder Die Schmarotzersuppe. Narrenspiel in 1 Akt von Hans aus Sachsen. 1 D., 3 H. Preis 1.— Mk. Nötig 5 Bücher 3.40 Mk. 5 Bilder 1.50 Mk. Ein Spiel gegen die Reaktion.
Parade der Zinnsoldaten. Satirische Serenissimus-Szene unserer Ex-Herrlichkeiten von Gustav Burg. 5 H., Nebenp. Preis 0.80 Mk. Nötig 6 Bücher 3.30 Mk. Wenn schon im Spiel eine Lachsalve die andre übertönt, wird der Schluß den Höhepunkt bieten.
Das Haus in der Mitte. Revolutions-Schauspiel in 2 Aufzügen von Gustav Burg. 2 D., 6 H., 3 Nebenp. Preis 1.50 Mk. Nötig 9 Bücher 8.70 Mk. Eine Handlung, die in allen republikanischen Volkskreisen begeisterte Anhänger findet; ein gewaltiges historisches Bild.
Spott und Hohn gegen Reaktion! Tendenzdichtungen, Satiren, Glossen in ernster und heiterer Fassung von Paul Paulus. 0.80 Mk.
Alle Werke stehen zur Ansicht, der Theaterkatalog Nr. 78 kostenlos, bei Bundesstempelabdruck zur Verfügung.
Arbeiter-Theaterverlag Alfred Jahn, Leipzig C 1

Was ist Togal?
Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!
Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Lt. notar. Bestätig. anerk. üb. 5000 Aerzte, dar. viel. bedeut. Professor. die gute Wirkung des Togal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apoth. Mk. 1.40
0,46 Chin 12,6 Lith 74,3 Ac. acet sal ad 100 Amyl

Eisu-Schlafzimmer
Einzelmöbel, neueste Entwürfe, Chaiselongues, Stahlmatratzen an Private. Katalog 973 frei.
12492 Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Selbst Greise lernen Klavierspielen
in 2—3 Monaten. Korrekt nach Noten, jedoch fabelhaft leichte Erlernung. Alles überrag. Erfind. eines blind. Musikers. Prosp. Nr. D 1 sof. kostenl. d. Technica-Verlag, Lörrach (Bad.)

GRATIS
DER DEUTSCHE ROMAN
Die Meisterausgabe auserlesenster, volkstümlichster Romane aller Zeiten und Gattungen:
Simplizissimus, Insel Felsenburg, Anton Reiser, Willibald Alexis, Jeremias Gotthelf, Raabe, Heller, Ein Kapitel Marlitt, Theod. Fontane u. a.
Nur die planmäßig auserwählte Bücherei zeugt von Geschmack und Kultur ihres Besitzers. Wir bieten nicht marktschreierische Dutzendware ausländischer „Weltliteratur", sondern neben spannendsten Unterhaltungsromanen packende
Romane der National-Literatur der berühmtesten und beliebtesten Dichter aller Zeiten.
Dieses allumfassende klassische Werk von fabelhafter Gestaltungskraft wird der Stolz eines jeden sein. Es darf in keinem Hause fehlen
Deshalb geben wir zur Propaganda einen großen Teil unserer Auflage gratis ab. Jeder Leser dieses Blattes, der den anhängenden Abschnitt innerhalb 10 Tagen einsendet, erhält sämtliche 32 Bände (ca. 5000 Seiten stark) gratis. Nur für Verpackungs- und Insertionsspesen fordern wir eine Vergütung von 20 Pfg. per Band.
Der Versand erfolgt der Reihe nach.
Vorläufig kein Geld einsenden!
32 BÄNDE UMSONST
MEIER & ELSNER VERLAG, ALTONA-E. 45
Unterzeichneter wünscht sich gratis die Meisterausgabe Deutscher Romane
Name: _____ Postanstalt: _____ Wohnort: _____
Beruf: _____ Straße: _____

Sendensie mir Ihre Adresse bis Mk. 25.- täglich können Sie verdienen durch Heimarbeit usw.
H. LERGEN Mannheim 212

Lustige Gesellschaft steckt an
Sie finden sie in unserem Buche „Sprühregen des Humors" Dasselbe enth. die kapitalst. neuest. Witze, Vortr. u. Coupl. Sie werden sich totlachen. Sie können in jeder Gesellschaft tos. Lachsalven hervorrufen. Dies. Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust u. Laune u. macht Sie zum beliebtesten Gesellschafter. Preis 1.60 Mk.
12516 Kongreßverlag, Abt. 344 Dresden-A., Marschallstr. 27.

Heimarbeit vergibt P. Holfter, Breslau Hd

FAHNEN f. Ortsgruppen gestickt und gemalt
Bänder aller Art, Abzeichen, Hausflaggen liefert äußerst preiswert
12565
Godesberger Fahnentabrik
Otto Müller, Godesberg am Rhein.

Herrliche Locken
u. schön gewelltes Haar erhalten Damen u. Herren sofort durch mein glänzend erprobtes Lockenwasser „Wellin" Die Locken sind dauerhaft auch gegen Feuchtigkeit; einfachste Anwendung, garant. unschädl. 1 Flasche 2 Mk., 2 Fl. portofrei. Versand per Nachnahme durch
12563
J. Kögler, München 18 Isabellastraße 36

FAHNEN SEIT 1869
VEREINSFAHNEN U. ALLE STICKEREIEN, FAHNEN ALLER ART, ALLER VEREINSBEDARF, DEKORATIONS-ILLUMINATIONS-VOLKSFEST- U. CARNEVALSARTIKEL, FEUERWERK, THEATERBÜHNEN, PREISLISTEN, ANGEBOTE KOSTENLOS
BERNHARD RICHTER KÖLN 8 Abt. II. GEGR. 1869 (FAHNENRICHTER)
12569 (T 2)

Treffer-Tafel-Pflaumenmus
das beste!
Gar. rein, mit Zucker verarb.
10-Pfd.-Goldblech-Eim. 3.40
25-Pfd.-Goldblech-Eim. 7.90
10-Pfd.-Emaille-Eimer 4.—
28-Pfd.-Emaille-Eimer 9.50
10-Pfd.-Emaill.-Kochtpt. 4.40
Ia. Rübensaft, 10-Pfd.-D. 2.90
Ia. Preißelbeeren m. Zucker, 10-Pfd.-Eimer 5.50. Preise ab Magdeburg geg. Nachn.
Pflaumenmusfabrik Märtens & Co. Magdeburg-N. 132

Honig ist Vertrauenssache!
Calif. Mediz.-Edelhonig, das Feinste was es gibt. 10-Pfd.-D 11 M, halbe 6.20 M frei Nachn. Gar. Zurückn.
E. Lohr, Wilhelmshaven 18 Honigversand

Kameraden!
Berücksichtigt die Inserenten des Reichsbanners!

Anzeigen-Annahme-Schluß 8 Tage vor Erscheinen

Schutz vor Not in Krankheitsfällen

Männliche Arbeiter aller Berufe, die gewillt sind, sich neben ihrer Pflichtkrankenkasse noch in einer Zuschußkasse zu versichern, können in die 12684

Meißner Zuschußkasse

eintreten.

Der wöchentliche Grundbeitrag beträgt in den bestehenden fünf Klassen 30, 40, 50, 70 und 100 Pf.

Das wöchentliche Krankengeld wird bis zu einem Jahre gezahlt. Es beträgt in Klasse I (Lehrlingsklasse) Mk. 5.40, Klasse II Mk. 7.20, Klasse III Mk. 9.—, Klasse IV Mk. 12.60 und in Klasse V Mk. 18.—.

Sterbegeld wird bis zu Mk. 200.— gezahlt.

Invalide Mitglieder erhalten einen Rentenzuschuß von Mk. 8.— bis Mk. 12.— pro Monat.

Nähere Auskunft erteilen die örtlichen Verwaltungsstellen der „Meißner Zuschußkasse" sowie auch die Hauptverwaltung in Meißen (Sa.), Martinstraße 5.